

Eine „Beschäftigungsdomäne der Frauen“: Der öffentliche Dienst

Nicole Michel



Dipl.-Geografin Nicole Michel ist Referentin im Referat „Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

1 Personalstandstatistik des Landesbereichs und kommunalen Bereichs. Ohne Personal des Bundes. Werte im Text gerundet.

Am 30. Juni 2008 waren in Baden-Württemberg im öffentlichen Dienst insgesamt 520 900 Personen¹ beschäftigt. Die Mehrzahl, nämlich 302 200 Beschäftigte bzw. 58 % darunter waren Frauen. Der öffentliche Dienst kann damit durchaus als „Beschäftigungsdomäne“ der Frauen bezeichnet werden. Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt – hier sind die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes zwar enthalten – lag der Frauenanteil zum selben Stichtag bei nur knapp 44 %. Die Attraktivität des öffentlichen Dienstes mag für viele Frauen dabei unter anderem in der guten Möglichkeit zur Teilzeitbeschäftigung liegen: Mehr als die Hälfte aller Frauen im öffentlichen Dienst arbeiten in Teilzeit.

Trotz ihrer zahlenmäßigen Dominanz sind Frauen seltener in höheren Laufbahngruppen vertreten als ihre männlichen Kollegen. Während knapp jeder 4. Mann dem höheren Dienst angehört, ist es nur weniger als jede 8. Frau.

Mehr als die Hälfte der Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind Frauen

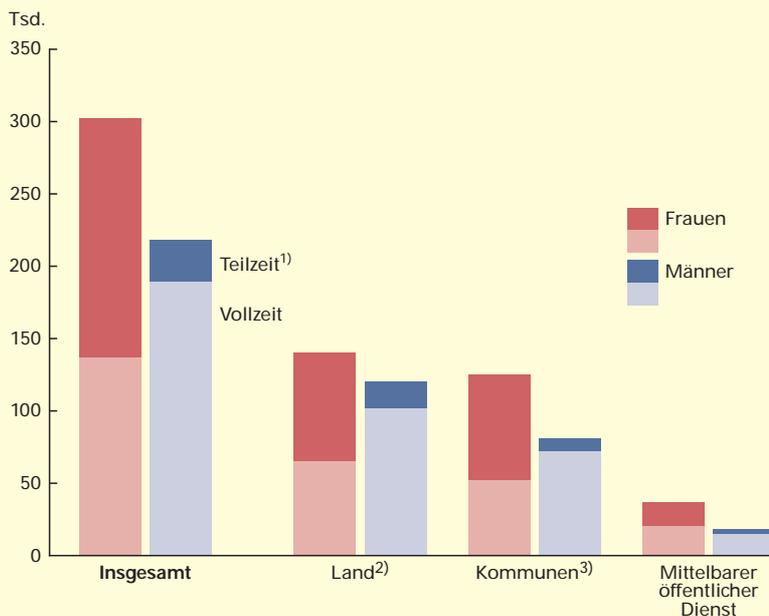
Im öffentlichen Dienst Baden-Württembergs sind überwiegend Frauen beschäftigt. Von den insgesamt 520 900 Beschäftigten im unmittelbaren öffentlichen Dienst beim Land, den Kommunen (inklusive Eigenbetriebe, Krankenhäuser, Zweckverbände) sowie im mittelbaren öffentlichen Dienst² sind mehr als die Hälfte (58 %) Frauen. Zum Vergleich: Bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten³ ist der Frauenanteil mit 44 % deutlich geringer. Weil zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch die Arbeitnehmer/-innen des öffentlichen Dienstes zählen, wäre der Frauenanteil ohne diesen Personenkreis sogar noch geringer.

Der Frauenanteil im öffentlichen Dienst hat sich in den letzten Jahren permanent erhöht: Vor 20 Jahren, 1988 lag der Frauenanteil noch unter 50 %⁴, 1998 – 7 Jahre nach Einführung des Landesgleichberechtigungsgesetzes⁵ – bei rund 54 % und heute bei 58 %. Der höchste Frauenanteil ist mit annähernd 68 % im mittelbaren öffentlichen Dienst zu verzeichnen. Dazu zählen neben den Sozialversicherungsträgern die rechtlich selbstständigen Einrichtungen, seit dem Jahr 2000 auch die Universitätskliniken des Landes (zuvor im unmittelbaren öffentlichen Dienst des Landes). Bei Letzteren ist der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch, worauf an entsprechender Stelle näher eingegangen wird. Im kommunalen Bereich sind 61 % der Beschäftigten weiblich. Beim Land, das heißt den Landesbehörden und den Landesbetrieben, liegt der Frauenanteil am niedrigsten, obgleich sie auch hier mit 54 % in der Mehrheit sind.

Innerhalb der Beamtenschaft (im Folgenden: Beamte, Richter und Bezieher von Amtsgehalt) stellen die Frauen mit 108 800 Beamtinnen gegenüber 107 900 männlichen Beamten zwar die absolute Mehrheit, allerdings besitzt von den männlichen Beschäftigten im öffentlichen Dienst knapp die Hälfte (49 %) den Beamtenstatus, während es bei den Frauen nur ein gutes Drittel (36 %) ist. In den einzelnen Beschäftigungsbereichen des öffentlichen Dienstes Baden-Württembergs fallen diese Größenverhältnisse zwar

S1

Frauen und Männer im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 2008 nach Umfang der Beschäftigung



1) Inklusive Altersteilzeitbeschäftigte. – 2) Inklusive Landesbetriebe. – 3) Inklusive Eigenbetriebe, Krankenhäuser und Zweckverbände.

unterschiedlich hoch aus, jedoch sind einheitlich in allen Bereichen weibliche Beschäftigte seltener verbeamtet als die männlichen Kollegen.

Mehr als jede 2. Frau und nur jeder 7. Mann arbeitet in Teilzeit

Der Trend zur Teilzeitbeschäftigung⁶ ist seit Jahren ungebrochen: Während vor 20 Jahren erst 22 % und vor 10 Jahren bereits 28 % der Beschäftigten im öffentlichen Dienst einer Teilzeitbeschäftigung nachgingen, arbeiteten 2008 etwa 37 % des Personals im öffentlichen Dienst in Teilzeit. Einer Teilzeitbeschäftigung gehen erwartungsgemäß überwiegend Frauen nach: 85 % aller Teilzeitbeschäftigten sind Frauen. Oder anders ausgedrückt: Mehr als jede zweite Frau (knapp 55 %), die im öffentlichen Dienst steht, arbeitet in Teilzeit. Bei den Männern sind es lediglich gut 13 %, also nicht mal jeder siebte (Schaubild 1).

Im öffentlichen Dienst ist der Anteil an Teilzeitbeschäftigten vergleichsweise hoch: Während bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Baden-Württemberg insgesamt – wozu auch die Arbeitnehmer/-innen des öffentlichen Dienstes zählen – gerade mal 17 % in Teilzeit arbeiten, liegt der Anteil im öffentlichen Dienst mit gut 37 % um 20 Prozentpunkte höher. Zwar sind es bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auch überwiegend Frauen, die in Teilzeit arbeiten – der Anteil liegt mit rund 86 % in etwa so hoch wie im öffentlichen Dienst insgesamt – allerdings arbeitet hier nur ein gutes Drittel (34 %) der Frauen in Teilzeit.

Ausbildung im öffentlichen Dienst? – Auch das ist „Frauensache“

Am 30. Juni 2008 standen rund 31 200 junge Frauen und Männer in einer Ausbildung⁷ im öffentlichen Dienst, darunter 19 400 beim Land (inklusive Landesbetriebe), 8 900 bei Kommunen (inklusive Eigenbetriebe) und kommunalen Zweckverbänden sowie 2 900 im mittelbaren öffentlichen Dienst. Der Anteil der weiblichen Auszubildenden liegt bei insgesamt 71 %. Die höchsten „Frauenquoten“ sind bei den kommunalen Krankenhäusern (87 %) zu verzeichnen. Aber auch im mittelbaren Dienst sind weibliche Auszubildende stark vertreten: Allein an den Universitätskliniken sind 1 200 Frauen in einer Ausbildung, das sind fast 83 % aller „Azubis“ der Unikliniken.

Mehr als jeder Zweite (59 %), der beim Land in einem Ausbildungsverhältnis steht, ist beim Kultusministerium angesiedelt. Hier standen

T1 Personal in Gemeinden/Gemeindeverbänden*) in Baden-Württemberg am 30. Juni 2008 nach ausgewählten kommunalen Aufgabenbereichen

Kommunaler Aufgabenbereich	Insgesamt	Darunter Frauen	
		Anzahl	%
Insgesamt	205 935	125 046	60,7
0 Allgemeine Verwaltung	36 665	23 803	64,9
1 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	14 016	8 136	58,0
2 Schulen	18 580	15 083	81,2
3 Wissenschaft, Forschung, Kulturpflege darunter 352 Büchereien	10 488	6 483	61,8
4 Soziale Sicherung darunter 43 Soziale Einrichtungen (ohne Einrichtungen der Jugendhilfe) 46 Einrichtungen der Jugendhilfe darunter 464 Tageseinrichtungen für Kinder	41 588	36 431	87,6
5 Gesundheit, Sport, Erholung darunter 51 Krankenhäuser	30 473	21 732	71,3
6 Bau- und Wohnungswesen, Verkehr	16 924	5 529	32,7
7 Öffentliche Einrichtungen, Wirtschaftsförderung	26 375	4 679	17,7
8 Wirtschaftliche Unternehmen, allgemeines Grund- und Sondervermögen	10 826	3 170	29,3

*) Inklusive Eigenbetriebe, Krankenhäuser und Zweckverbände.

T2 Personal beim Land*) Baden-Württemberg am 30. Juni 2008 nach ausgewählten staatlichen Aufgabenbereichen

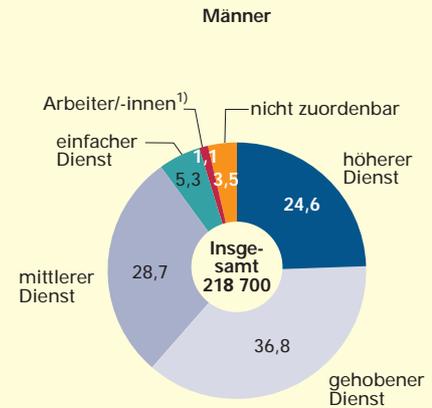
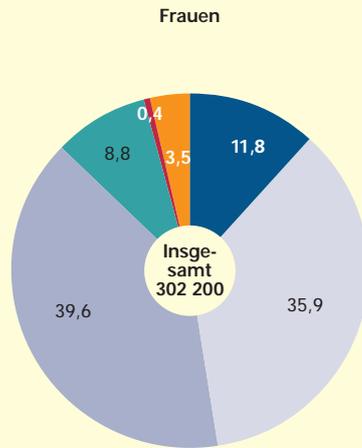
Staatlicher Aufgabenbereich	Insgesamt	Darunter Frauen	
		Anzahl	%
Insgesamt	259 818	139 933	53,9
0 Allgemeine Dienste darunter 042 Polizei 056 Justizvollzugsanstalten	85 026	37 366	43,9
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten darunter 114 Kombinierte Grund- und Hauptschulen 116 Realschulen 117 Gymnasien, Kollegs 124 Sonderschulen 127 Berufliche Schulen	169 209	100 220	59,2
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	197	63	32,0
3 Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	1 241	731	58,9
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	635	177	27,9
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	2 290	1 148	50,1
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	813	141	17,3
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	180	34	18,9
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	227	53	23,3

*) Inklusive Landesbetriebe.

S2

Frauen und Männer im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg am 30. Juni 2008 nach Laufbahngruppen

Anteile in %



1) Nur Beschäftigte, die nach MTArb/BMT-G oder daran angelehnten Tarifverträgen für Arbeit entlohnt werden. Arbeiter/-innen, die nach TVöD/TV-L bezahlt werden, sind Arbeitnehmer/-innen und den jeweiligen Laufbahngruppen zugeordnet.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

756 09

2 Übersicht über den öffentlichen Dienst vgl. Michel, Nicole: Personal im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2008, S. 43.

3 Datenquelle: Bundesagentur für Arbeit. Enthält auch die Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes.

4 Für das Jahr 1988 kann der Frauenanteil bei Land und Landesbetrieben (damals noch inklusive der Hochschulkliniken), Gemeinden/Gemeindeverbände (inklusive Eigenbetriebe) und kommunalen Zweckverbänden mit knapp 46 % beziffert werden. Da für kommunale Krankenhäuser und den mittelbaren öffentlichen Dienst keine entsprechenden Daten vorliegen, ist ein direkter Vergleich mit den aktuellen Jahren nur eingeschränkt möglich.

5 Das Chancengleichheitsgesetz hat am 22. Oktober 2005 das Landesgleichberechtigungsgesetz aus dem Jahre 1995 abgelöst.

6 Inklusive Altersteilzeit, die seit 1998 von Arbeitnehmern/Arbeitnehmerinnen und seit 2001 auch von schwerbehinderten Beamten/Beamtinnen in Anspruch genommen werden kann.

7 Im Rahmen der Personalstandstatistik wird als Personal in Ausbildung bezeichnet, wer in einem öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnis, einem Ausbildungsverhältnis nach dem Berufsbildungsgesetz oder einem Ausbildungsverhältnis für Pflegeberufe steht. Dazu zählen unter anderem auch Lehreranwärter/-innen bzw. Referendare/Referendarinnen.

8 Der Mikrozensus ist eine amtliche Befragung über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt, die jährlich bei 1 % aller Haushalte im gesamten Bundesgebiet durchgeführt wird.

9 Hin, Monika: Einkommensungleichheit von Frauen und Männern, in: Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg 6/2009, S. 39 ff.

10 Unmittelbarer Dienst des Landes. Nicht ausschließlich Lehrpersonal nachgewiesen.

11 Nicht ausschließlich Polizisten nachgewiesen.

zum Stichtag 2008 insgesamt 11 500 Beschäftigte in Ausbildung. Dabei handelt es sich überwiegend um Lehreranwärter/-innen bzw. Referendare/Referendarinnen, die nach einem abgeschlossenen Hochschulstudium ihren sogenannten Vorbereitungsdienst ableisten. Unter diesen sind allein 8 700 Frauen (76 %).

„Kindergärten“ mit dem höchsten Frauenanteil überhaupt

Bereits die Ausbildung in bestimmten Aufgabenbereichen lässt darauf schließen: Eine Vielzahl der Frauen im öffentlichen Dienst geht „typischen Frauenberufen“ nach. Zwar wird im Rahmen der Personalstandstatistik weder der erlernte Beruf noch die ausgeübte Tätigkeit der Beschäftigten erhoben, die Zuordnung der Beschäftigten zu staatlichen und kommunalen Aufgabenbereichen ergibt jedoch ein Bild darüber, wo Frauen überwiegend tätig sind. Die Ergebnisse des Mikrozensus⁸ 2008 weisen für Baden-Württemberg unter den 10 häufigsten „Frauenberufen“ unter anderem Gesundheits-, Soziale und Lehrberufe nach.⁹ Die Ergebnisse der Personalstandstatistik decken sich mit dieser Aussage zweifellos: Das beliebteste Arbeitsgebiet der Frauen im öffentlichen Dienst überhaupt sind die Tageseinrichtungen für Kinder – die „Kindergärten“. Mit einem Anteil von 98 % sind in keinem anderen Aufgabenbereich anteilig mehr Frauen beschäftigt als hier. Den über 22 000 weiblichen Beschäftigten stehen nur rund 400 männliche gegenüber.

In kommunalen Krankenhäusern (rund 79 %) oder auch an den 4 Universitätskliniken des Landes (70 %) sind ebenfalls überwiegend Frauen tätig. Ebenso ist im Bereich Schulen¹⁰ mit 65 % die Mehrzahl der Beschäftigten weiblich. Vor allem in Grund- und Hauptschulen (76 %) sowie Sonderschulen (75 %) besteht das Personal hauptsächlich aus Frauen, während an beruflichen Schulen überwiegend Männer tätig sind, nur knapp 41 % des Personals an Berufsschulen ist weiblich (Tabelle 1).

Zu einer klassischen „Männerdomäne“ zählt – im staatlichen Bereich – nach wie vor die Polizei. Gut drei Viertel aller Beschäftigten im Polizeidienst¹¹ des Landes Baden-Württemberg sind Männer, wenngleich die Frauen auch in diesem Aufgabenbereich in den letzten Jahren stark aufgeholt haben. 20 Jahre zuvor, im Jahr 1988, waren erst annähernd 14 % der Beschäftigten im Polizeidienst weiblich, im Jahr 1998 schon gut 20 % und zuletzt im Jahr 2008 bereits ein knappes Viertel (Tabelle 2).

Deutlich weniger Frauen in höheren Laufbahngruppen als Männer

Trotz der zahlenmäßigen Dominanz der Frauen im öffentlichen Dienst sind sie im Gegensatz zu ihren männlichen Kollegen seltener in den höheren Laufbahngruppen vertreten. Im öffentlichen Dienst insgesamt gehören 25 % der beschäftigten Männer dem höheren und 37 %

dem gehobenen Dienst an, bei den Frauen sind es nur 12 % im höheren Dienst und 36 % im gehobenen Dienst (*Schaubild 2*). Dabei besteht auch durchaus ein Zusammenhang zwischen den bereits erwähnten „typischen“ Tätigkeitsfeldern der Frauen, die mit Ausnahme des Schuldienstes weitgehend im mittleren Dienst angesiedelt sind.

Eine andere Situation zeigt die Verteilung der Frauen nach Laufbahngruppen hingegen bei den Landesbehörden. Drei Viertel der Frauen sind hier in höheren (fast 22 %) und gehobenen (54 %) Laufbahngruppen vertreten. Zurückzuführen ist dies unter anderem auf den

hohen Frauenanteil im Schuldienst, in dem die Bediensteten je nach Schulart im höheren oder gehobenen Dienst eingruppiert sind. Damit haben die Frauen in den letzten 20 Jahren deutlich „aufgeholt“. Im Jahr 1988 waren erst 12 % der bei den Landesbehörden beschäftigten Frauen im höheren und 40 % im gehobenen Dienst tätig.¹² ■

Weitere Auskünfte erteilt
Nicole Michel, Telefon 0711/641-27 48,
Nicole.Michel@stala.bwl.de

12 1988: Ohne Teilzeitbeschäftigte, deren regelmäßige Arbeitszeit weniger als die Hälfte der regelmäßigen Wochenarbeitszeit eines Vollzeitbeschäftigten beträgt.

kurz notiert ...

Ausgaben für Feuerschutz bei 40 Euro je Einwohner in Baden-Württemberg

Wie das Statistische Landesamt im Rahmen der kommunalen Jahresrechnungsstatistik feststellt, haben die Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2007 für Feuerschutz insgesamt 434 Mill. Euro ausgegeben. Das entspricht etwa 1,1 % der kommunalen Gesamtausgaben. Damit ist die Summe der Ausgaben für Feuerschutz im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 % zurückgegangen. Auf die kreisangehörigen Gemeinden entfallen 290 Mill. Euro, gefolgt von den Stadtkreisen mit 120 Mill. Euro und schließlich den Landkreisen mit 24 Mill. Euro.

Während die Ausgaben für Feuerschutz bei den kreisangehörigen Gemeinden im Vergleich zu 2006 um 2,6 % gestiegen sind, sind diese bei den Stadtkreisen um 7,9 % und bei den Landkreisen um 3,0 % zurückgegangen. Betrachtet man die Ausgaben für Feuerschutz pro Einwohner, so ergibt sich für alle Gemeinden und Landkreise ein Durchschnittswert von 40 Euro.

Einnahmen des Landes 2008 bei 36 Mrd. Euro

Die bereinigten Einnahmen (also ohne haushaltstechnische Verrechnungen und Zahlungen von anderer Ebene sowie besondere Finanzierungsvorgänge) des Landes Baden-Württemberg betrafen im Jahre 2008 35,8 Mrd. Euro. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Zunahme um 4,3 %.

Die Einnahmen der laufenden Rechnung beliefen sich auf 34,8 Mrd. Euro (+ 4,2 %). Die Steuereinnahmen betragen 28,0 Mrd. Euro und lagen

um 3,9 % höher als im Vorjahr. Der Anteil der Steuereinnahmen an den Einnahmen der laufenden Rechnung beträgt 80 %.

Im Jahr 2008 war erstmals keine Nettokreditaufnahme am Kreditmarkt zu verzeichnen. Die Haushaltsrechnung des Landes schloss mit einem Überschuss von 0,7 Mrd. Euro.

Die Gesamteinnahmen des Landes erreichten 36,3 Mrd. Euro und setzen sich aus den Einnahmen der laufenden Rechnung, der Kapitalrechnung sowie den haushaltstechnischen Verrechnungen (0,1 Mrd. Euro) und besonderen Finanzierungseinnahmen (0,4 Mrd. Euro) zusammen.

Neuaufgabe der Demografie-Broschüre

Der demografische Wandel hat Auswirkungen auf alle gesellschaftlichen Bereiche: Es hat Konsequenzen, wenn sich die Altersstruktur der Bevölkerung gravierend verändert und die Familien kleiner werden, oder wenn es um die Betreuung von älteren Menschen geht, deren Zahl in Zukunft weiter zunehmen wird. Die Neuaufgabe der kostenlosen Broschüre „Der demografische Wandel in Baden-Württemberg – Herausforderungen und Chancen“ hat einen Umfang von mehr als 100 Seiten im DIN A 4 Format und ist durchgängig mit Schaubildern ausgestattet. Damit hat das Statistische Landesamt die Ursachen, Auswirkungen und Chancen des demografischen Wandels auf aktueller Datenbasis faktengestützt aufbereitet. Die Ergebnisse für Baden-Württemberg mit Angaben zu den Stadt- und Landkreisen sind eingebettet in einen bundes-, europa- und weltweiten Kontext, um die Position Baden-Württembergs im demografischen Wandel zu vergleichen. ■



Artikelnummer: 8033 09001

Die Broschüre kann kostenlos heruntergeladen werden unter www.statistik-bw.de oder (ebenfalls kostenlos) bestellt werden beim

Statistisches Landesamt
Baden-Württemberg
Böblinger Str. 68
70199 Stuttgart
Telefon: 0711/641-28 66
Fax: 0711/641-13 40 62
vertrieb@stala.bwl.de
www.statistik-bw.de